



HESSISCHER LANDTAG

03/07/26 Ba

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten)

Umsetzung von Housing First in Frankfurt am Main und Unterstützung durch die neue Landesstrategie gegen Wohnungslosigkeit

Vorbemerkung:

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main hat den Magistrat bereits im Jahr 2021 beauftragt, den Housing-First-Ansatz in Frankfurt zu etablieren und weiterzuentwickeln (u. a. Vorlagen F 61/2021 und F 266/2021). Mit weiteren Beschlüssen und Berichten (u. a. F 2562/2024, B 26/2025 und B 351/2025) wurde dieses Ziel bekräftigt.

Housing First verfolgt den Ansatz, wohnungslosen Menschen zunächst dauerhaft eigenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und anschließend die erforderlichen Unterstützungsleistungen anzubieten. Der Ansatz gilt international, aber auch in anderen Bundesländern wie zum Beispiel Rheinland-Pfalz als wirksames Instrument zur Überwindung von Wohnungslosigkeit.

Am 2. Juli 2026 hat die Hessische Landesregierung ihre ressortübergreifende Gesamtstrategie gegen Wohnungslosigkeit vorgestellt. Diese umfasst unter anderem den Ausbau von Housing First, Maßnahmen zur Wohnraumsicherung, ein verbessertes Schnittstellenmanagement sowie Modellprojekte in mehreren Regionen Hessens. Hierfür stellt das Land mehr als 6,1 Millionen Euro bereit.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den bisherigen Stand der Umsetzung des Housing-First-Ansatzes in Frankfurt am Main vor dem Hintergrund der seit 2021 bestehenden Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung?
2. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über die Zahl der bislang durch Housing First dauerhaft vermittelten Wohnungen und betreuten Personen in Frankfurt vor?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, welche Gründe einer stärkeren Ausweitung des Housing-First-Ansatzes in Frankfurt bislang entgegenstanden?
4. In welcher Höhe sollen die am 2. Juli 2026 vorgestellten Modellprojekte in Frankfurt am Main gefördert werden (bitte nach Modellprojekt und Jahr aufschlüsseln)?
5. Welche weiteren Fördermöglichkeiten bestehen für die Stadt Frankfurt und die dort tätigen Träger im Rahmen der neuen Landesstrategie gegen Wohnungslosigkeit?
6. Welche Erwartungen verbindet die Landesregierung mit der neuen Gesamtstrategie hinsichtlich eines Ausbaus des Housing-First-Ansatzes in Frankfurt?
7. Welche Rolle misst die Landesregierung dem Housing-First-Ansatz für die Stabilisierung besonders belasteter Stadtquartiere, insbesondere des Frankfurter Bahnhofsviertels, bei?
8. Welche messbaren Ziele und Erfolgskriterien verfolgt die Landesregierung bei den geförderten Housing-First-Modellprojekten (z. B. dauerhafte Wohnungsverhältnisse, Rückgang der Wohnungslosigkeit oder Verringerung der Inanspruchnahme ordnungsrechtlicher Unterbringung)?

9. Wie soll die Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen, Wohnungswirtschaft und Trägern der Wohnungslosenhilfe im Rahmen der neuen Gesamtstrategie weiterentwickelt werden?
10. Inwiefern wird die Umsetzung der neuen Gesamtstrategie sowie die Entwicklung des Housing-First-Ansatzes in den Kommunen regelmäßig evaluiert?

Wiesbaden, 03. Juli 2026



Yanki Pürsün